

1. Klimaschutz im Landkreis Konstanz: Packen wir es an!

Die Kreisverband Konstanz von Bündnis 90/Die Grünen hat, an der Kreismitgliederversammlung am 29. März 2021, folgende Erklärung beschlossen:

Seit 1881 hat sich in Baden-Württemberg die durchschnittliche Jahrestemperatur um 1.5°C erhöht, mit zerstörerischen Folgen für Mensch, Tier und Umwelt.(1) Deshalb haben Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg in ihrem Wahlprogramm ambitionierte Klimaschutzziele beschlossen. Zwei davon sind Klimaneutralität vor 2040 und ein schärferes Reduktionsziel für 2030.

Der Kreisverband Konstanz von Bündnis 90/Die Grünen ruft nun alle Menschen im Kreis, insbesondere die Entscheidungsträger*innen in den Parlamenten der Städte und des Kreises dazu auf, mit der Umsetzung der notwendigen Klimaschutzmaßnahmen sofort zu beginnen. Kein Tag ist mehr zu verlieren. Aus den Klima-Resolutionen in Konstanz, Radolfzell und Singen des Jahres 2019 müssen nun konkrete Treibhausgasreduktionen resultieren. Es ist bisher viel zu wenig passiert.

Die Aufgabe vor uns ist gewaltig. 2017 wurden im Kreis Konstanz rechnerisch 7,4 t CO₂ pro Einwohner*in ausgestoßen.(2) Das CO₂-Budget, das weltweit jedem Menschen bis zur Klimaneutralität zur Verfügung steht, beträgt jedoch nur noch 40t CO₂. Wir können es schaffen, wenn wir alle daran arbeiten: Zentral sind besonders die Bereiche Gebäude, Verkehr, Energie, Landwirtschaft und ganz allgemein die individuelle Lebensführung. Wir wollen, dass in spätestens 15 Jahren der Landkreis weitgehend klimaneutral ist. Mit dieser Herausforderung stehen wir aber nicht allein, sie kommt auf alle Gemeinden in Deutschland zu. Um sie zu bestehen, braucht es das entschlossene Handeln aller Politikebenen, welches alle politischen Akteur*innen des Landkreises entschieden einfordern sollten.

Wir haben viel zu gewinnen! Eine klimaneutrale Stadt ist schön. Sie ist leiser und hat viel Platz durch weniger Verkehr. Sie emittiert deutlich weniger Schadstoffe und fördert damit unser aller Gesundheit. Die Wohn- und Lebensqualität vieler Menschen wird steigen. Damit dieses Ziel erreicht werden kann, fordern wir deshalb die Gemeinden und den Kreis auf, folgende Maßnahmen sofort in Angriff zu nehmen:

1. Mehr Zusammenarbeit: Erfolgreicher kommunaler Klimaschutz verlangt nach Zusammenarbeit zwischen den benachbarten Gemeinden und Kreisen – Verbünde schaffen effektive Lösungen, z.B. bei Wärme und Verkehr. Kommunales Benchmarking ist wichtig. Wir fordern, durch den Beitritt zu kommunalen Vergleichsringen die bestmöglichen Lösungen zu etablieren.(4)

2. Klimaschutz als kommunale Aufgabe: In allen Körperschaften braucht es eine strukturelle Verankerung des Klimaschutzes in der Verwaltung. Es braucht eine*n Klimaschutzbeauftragte*n, der*die das Verwaltungs- und Unternehmenshandeln auf seine Verträglichkeit mit den Klimaschutzziele überprüft und Vorschläge für Einsparungen macht. Vor relevanten Gemeinderatsentscheidungen muss sie*er gehört werden.

3. Reduktionspfad festlegen: Die Gemeinden/Kreise müssen sich einen Treibhausgasemissions-Reduktionspfad zur Klimaneutralität stecken. Ein Zieljahr, verbindliche Zwischenziele und klare Reduktionsvorgaben sind notwendig. Nur in die richtige Richtung „laufen“ ist nicht ausreichend. Dieser Reduktionspfad sollte auf einem in der Gemeinde festgelegtem CO₂-Budget basieren, welches einem fairen Anteil an einem weltweiten CO₂-Budget entspricht, das zur Einhaltung des Paris Abkommens von 2015 ausreicht.

4. Klimaschutzpläne beschließen: Die öffentliche Verwaltung erarbeitet umgehend wirksame Klimaschutzpläne.

5. Monitoring etablieren: Die Gemeinden müssen zweijährlich THG-Bilanzen aufstellen, um die Erreichung der Reduktionsziele bestimmen und gegensteuernde Maßnahmen veranlassen zu können.

6. Der*Die Klimaschutz-Manager*in wird zur Klimakammer*in: Das CO₂-Budget muss so wichtig wie das Haushaltsbudget einer Gemeinde bzw. des Kreises sein. Ist das CO₂-Budget ausgeschöpft, muss im nächsten Jahr mehr eingespart werden.

7. Gute Maßnahmen sind ausreichend dimensioniert: Maßnahmen müssen ausreichend dimensioniert sein, so dass das Budget nicht aufgebraucht ist, bevor Klimaneutralität, besser THG-Emissionsfreiheit erreicht ist. Denkverbote darf es hier nicht geben.

8. Jede Stadt ist anders: Die Gemeinden müssen an ihre Struktur angepasste Maßnahmen umsetzen. Singen braucht andere Maßnahmen als Konstanz. Jede Gemeinde muss für die Sektoren Energiewirtschaft, Industrie, Verkehr, Gebäude, Haushalte, Gewerbe, Handel, Dienstleistung, Landwirtschaft und Abfall einen Maßnahmenplan definieren und umsetzen.

9. Klimaschutz gerecht gestalten: Im Kreis und in den Gemeinden müssen wir unsere globale Verantwortung für Klimagerechtigkeit wahrnehmen, indem wir sie lokal in einem lokalen Handlungsplan konkretisieren. Dabei sind Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammenzudenken, um allen Bürger*innen unabhängig von ihrem sozialen Status eine klimaneutrale und gleichzeitig gute Lebensweise zu ermöglichen. Die Förderung klimafreundlicher öffentlicher Güter (z.B. ÖPNV) kommt eine besondere Bedeutung zu.

10. Bürger*innenbeteiligung: Reduktionsziele, Maßnahmen sowie erreichte Emissionsminderungen müssen in geeigneter Form veröffentlicht werden. Wir wollen, dass Bürger*innen frühzeitig und regelmäßig miteinbezogen werden, um Fortschritte, Abweichungen und die nächsten Schritte zu diskutieren.

11. Alle machen mit: Auch Unternehmen, Haushalte und Gäste müssen sich an der Erreichung der Ziele und der Umsetzung von Maßnahmen beteiligen. Die Gemeinde muss in einen Dialog eintreten, um auch mit diesen Gruppen Maßnahmen vereinbaren.

(1) <https://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/klimawandel-und-anpassung/klimawandel-in-bw>

(2) <https://www.statistik-bw.de/Intermaktiv/?/Intermaktiv/?re=gemeinde&ags=08226012&i=18204>

(4) <https://www.energieeffiziente-kommune.de/managementsystem/schritt-3-ist-situation-analysieren/kommunales-benchmark/>

Antragsteller*innen: Beate Weber, Dr. Mario Hüttenhofer und Jana Akyildiz

2. Vernetzungstreffen Klimaschutz im Landkreis Konstanz

Die Kreisverband Konstanz von Bündnis 90/Die Grünen hat, an der Kreismitgliederversammlung am 29. März 2021, folgende Erklärung beschlossen:

Der Kreisvorstand organisiert ein Vernetzungstreffen, das aktive und interessierte Klimaschützer*innen aus der grünen Mitgliedschaft und dem gesamten Landkreis Konstanz miteinander in Kontakt bringen soll. Durch Austausch, Kooperation und Projektentwicklung soll eine Verbesserung des kommunalen Klimaschutzes erreicht werden.

Antragsteller*innen: Beate Weber, Dr. Mario Hüttenhofer und Jana Akyildiz

Konstanz, der 29. April 2021